

Der Klassenrat darf mitreden

DEMOKRATIE-TAG Junge Leute und Politiker wollen Konzepte für stärkere Teilhabe von Jugendlichen

Von
Alexandra Eisen

MAINZ. „Mit Betreten des Schulgeländes verlassen Sie den demokratischen Sektor der Bundesrepublik Deutschland.“ Absender dieser gezielten Provokation, Mitte Oktober in großen Kreidebuchstaben vor die Eingänge dreier Schulen im Land geschrieben, war die Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz. Auf diese Weise wollten sie auf ihre Forderung aufmerksam machen, Schülerinnen und Schüler in allen Bereichen des Schullebens stärker zu beteiligen.

„Es gibt in vielen Schulen schon gute Ansätze für mehr Beteiligung. Aber in der Breite ist das noch nicht angekommen“, sagt auch Hans Berkessel. Er ist selbst Lehrer an der IGS Kurt Schumacher in Ingelheim und koordiniert für die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik den 7. Demokratie-Tag Rheinland-Pfalz, der mit Unterstützung der Landesregierung am 14. November im Mainzer Landtag stattfindet.

Vorbild: Schülerparlament

Der diesjährige Demokratie-Tag wird sich deshalb vor allem mit der Frage beschäftigen, wie die Schulen im Land bei der Beteiligung ihrer Schüler, der Berücksichtigung ihrer Interessen, kurz: der gelebten Demokratie, besser werden können.

Mit gutem Beispiel voran gehen 44 rheinland-pfälzische Schulen, die bislang mit dem Titel „Modellschule für Partizipation und Demokratie“ ausgezeichnet worden sind. Neu dabei ist unter anderem die Grundschule Am Lemmchen im Mainzer Stadtteil Mom bach. Hier gibt es zum Beispiel verbindlich für alle Klassen sogenannte Klassenratsstunden und Klassensprecherversammlungen. „Dabei beschließen und gestalten die Grundschüler gemeinsam klasseninterne und klassenübergreifende Vorhaben“, erläutert Schulleiter Heiko Müller.

Auch an der Drei-Königs-Schule in Bingen-Kempen

können die Grundschüler das Schulleben mitgestalten, hier gibt es ein eigenes Schülerparlament. Die Mitbestimmung beschränkt sich nicht nur auf Schulaktionen. „Die Schüler haben zum Beispiel auch ein Mitspracherecht bei der Verwendung von Fördermitteln“, erklärt Schulleiterin Kerstin Achenbach.

Nicht nur graue Theorie

Dass die Beteiligung von Bürgern an politischen Prozessen in jüngster Vergangenheit an Bedeutung gewonnen hat, zeigen die politischen Diskussionen über Volksentscheide, Stuttgart 21 oder über die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. „Schule muss sich deshalb nicht nur theoretisch mit dem Thema Demokratie befassen, Kinder und Jugendliche müssen Partizipation dort auch praktisch erfahren und lernen“, sagt Hans Berkessel.

Beim Demokratie-Tag in Mainz wollen die rund 250 Teilnehmer aus dem Schul- und Jugendbereich sowie Vertreter der Politik gemeinsam konkrete Vorschläge entwickeln, wie und in welchen Bereichen junge Leute künftig gehört werden wollen. Neben Ministerpräsident Kurt Beck werden auch Abgeordnete und Staatssekretäre mit den Teilnehmern ins Gespräch kommen. Denn die Ergebnisse der Tagung sollen künftig in der politischen Arbeit berücksichtigt werden.

DEMOKRATIE-TAG

► Der Demokratie-Tag wird zum siebten Mal veranstaltet. In den vergangenen Jahren fand er an Schulen statt, am 14. November zum **ersten Mal** im Mainzer **Landtag**. Die Impulse sollen direkt an politische Entscheidungsträger weitergegeben werden.

► Veranstalter sind die Deutsche **Gesellschaft für Demokratiepädagogik** und die Landesregierung, unterstützt wird der Tag von einem breiten Bündnis staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen.